

Einfache Anfrage Gemperli-Goldach / Götte-Tübach / Raths-Rorschach
vom 16. November 2023.

Stellenabbau bei CH Media auch in der Ostschweiz – was macht die St.Galler Regierung?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Januar 2024

Dominik Gemperli-Goldach, Michael Götte-Tübach und Robert Raths-Rorschach erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 16. November 2023, ob sich die Regierung bei CH Media vor dem Hintergrund der geplanten Angebotsreduzierung für den Erhalt der zahlreichen Arbeitsplätze in der Ostschweiz eingesetzt hat.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung erachtet eine diverse, eigenständige und professionelle Medienlandschaft in der Ostschweiz als unerlässlich für die Informationsvielfalt und den politischen Meinungsbildungsprozess. Die Regierung setzte sich intensiv mit diesem Thema auseinander und verweist dazu auf die Antworten und Antragstellungen zu mehreren parlamentarischen Vorstössen, die in den letzten Jahren dazu eingingen.¹

Der Wandel der Medienlandschaft sollte nicht isoliert im Kanton St.Gallen betrachtet werden, da es sich vielfach um schweizweite oder internationale Entwicklungen handelt. Die fortschreitende Digitalisierung und damit verbundene Herausforderungen für (Print-)Medien sind weltweit zu beobachten. Die Ankündigung zu geplanten Entlassungen bei CH Media von November 2023 betrifft voraussichtlich die gesamte Deutschschweiz. Der zuvor angekündigte Stellenabbau bei Tamedia von September 2023 tangierte überwiegend Stellen in der Westschweiz. Die Printmedien und der Regionaljournalismus stehen schweizweit unter Druck.

Vor diesem Hintergrund müssen auch Lösungsansätze national oder im Verbund mit anderen Kantonen ausgearbeitet werden. Mit der indirekten Presseförderung des Bundes, die per 15. Dezember 2023 zugunsten von Mitgliedschafts- und Stiftungspresse angepasst wurde, besteht ein Instrument zur spezifischen Förderung der Printmedien. Zudem arbeitet der Bund zurzeit an einer Änderung des eidgenössischen Urheberrechtsgesetzes (SR 231.1; abgekürzt URG), die vorsieht, Medienunternehmen sowie Journalistinnen und Journalisten für die Nutzung ihrer Inhalte durch grosse Online-Dienste zu entschädigen. Damit sollen auch die grossen Online-Dienste zu einer funktionierenden Medienlandschaft einen Beitrag leisten, wenn sie deren Inhalte nutzen wollen.

Die Regierung pflegt einen regelmässigen Austausch mit den lokalen und regionalen Medienunternehmen. Es findet beispielsweise ein jährliches Treffen zwischen der Regierung und Medienschaffenden statt, die über politische Geschäfte der Verwaltung und des Kantonsrates berichten. Sinn dieser Begegnung ist es, Beziehungen zu pflegen, neue Kontakte aufzubauen und zu einem guten Klima der Zusammenarbeit beizutragen. Zudem gibt es weitere Kontakte, wie

¹ Siehe Antragstellung vom 17. Dezember 2019 zur Motion 42.19.32 «Demokratie braucht Medienvielfalt» / Antwort vom 5. Februar 2019 auf die Interpellation 51.18.92 «Kantonale Medienlandschaft – eine demokratische und kritische Öffentlichkeit sichern» / Antwort vom 27. März 2018 auf die Einfache Anfrage 61.17.36 «Die Ostschweiz braucht eigene Medien».

beispielsweise die Teilnahme von Mitgliedern der Regierung an den jährlichen Generalversammlungen der regionalen Medienhäuser.

Zu den einzelnen Fragen:

- 1./2. Die Regierung steht in einen regelmässigen Dialog mit den Medienhäusern und Medienschaffenden. Im August 2023 fand letztmals ein Treffen zwischen der Regierung und Vertretern von CH Media statt. Bei diesem Austausch wurde über Regionaljournalismus und aktuelle Entwicklungen in der Medienlandschaft diskutiert, wobei der Stellenabbau allerdings noch kein Thema war. Nach der Ankündigung des Stellenabbaus von CH Media im November 2023 meldete sich der Vorsteher des zuständigen Volkswirtschaftsdepartementes mit einem Schreiben bei dem Medienunternehmen. Ein Treffen fand aus terminlichen Gründen noch nicht statt, ist aber für das erste Quartal 2024 geplant. Der Stellenabbau von CH Media und mögliche Folgen für die Berichterstattung und Arbeitsplatzverluste werden Teil des Austauschs sein.

Die regionale Medienberichterstattung steht, wie bereits erwähnt, seit längerer Zeit auf der Agenda der Regierung. Sie wird sich auch weiterhin aktiv für eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft einsetzen, ohne dabei jedoch die Marktmechanismen durch politische Eingriffe auszuhebeln. Zudem beobachtet die Regierung die nationalen Entwicklungen in diesem Bereich, da die Herausforderungen schweizweit bestehen.